

„Möglichkeiten, das Gewissen abzulenken“

SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über die bundesdeutschen Feiern zum 8. Mai

Das Bild war bekannt bis zum Überdruß. Da saßen die obligatorischen Posaunenbläser für das Deutschlandlied, da rückten viele dunkelblau gekleidete Herren und ein paar gedeckt gewandete Damen unbehaglich auf ihren Stühlen herum. An den Seiten lauerten die Fernsehkameras, vor den Türen standen die sattsam bekannten Schaubilder von Kriegsgreueln.

Im Bonner Bundestag begann, als am Mittwoch vergangener Woche der 8. Mai endlich gekommen war, nach Wochen des selbstmitleidigen Gedenkens und der mahnenden Erinnerung die letzte, die staatsoffizielle Feier „aus Anlaß des 40. Jahrestages der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“.

Von einer Wand steinerne Gesichter prallen noch einmal die zu Formeln gefrorenen Worte vom „unübersehbar großen Heer der Toten“ und dem „Gebirge menschlichen Leids“ ab. Doch plötzlich geschah Ungewohntes. Die Festversammlung im Plenarsaal, wiewohl unbeweglich verharrend, zerfiel wie durch Zauberspruch in lauter einzelne.

„Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich“, hatte Richard von Weizsäcker, Präsident der Bundesrepublik Deutschland, gesagt. Aber das war es nicht allein, was jeden einzelnen Zuhörer mit „seiner Verstrickung“ (Weizsäcker) vom anderen isolierte.

Vielmehr hatte der Präsident die Versammlung in Individuen aufgelöst, indem er die Deutschen aus ihrem Lieblingsversteck aufstörte – aus der Legende, man habe alles nicht gewußt: „Jeder Deutsche konnte miterleben, was jüdische Mitbürger erleiden mußten, von kalter Gleichgültigkeit über versteckte Intoleranz bis zum offenen Haß . . . Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten.“

Nicht anklägerisch, aber unerbittlich zählte der Redner die Möglichkeiten auf, „das Gewissen ablenken zu lassen“. Und niemandem gab er die Chance, sich einreden zu können, die hohe Kunst der Drückebergerei sei seit dem Kriegsende in diesem Land verfallen. „Nicht zuständig zu sein, wegzuschauen, zu schweigen“, das ist den neuen deutschen Demokraten so geläufig wie den Volksgenossen des Dritten Reiches.

Fast zwangsläufig richteten sich die Blicke von den Tribünen auf jenen Mann, dessen Anwesenheit zumindest Beleg für eine Haltung des Nicht-genauhingucken-Wollens ist, wie sie den offiziellen Stil der Bundesrepublik Deutschland seit der Wende ungenierter denn je prägt – auf den ehemaligen Ministerprä-



Feierstunde im Bundestag*: „Schuld ist nicht kollektiv, sondern persönlich“

sidenten von Baden-Württemberg und noch ehemaligeren Marinerichter Hans Karl Filbinger.

Noch kurz vor dem 8. Mai 1945 hatte er seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem verbrecherischen Hitler-Regime so tödlich genau genommen, daß er einen jungen Soldaten hinrichten ließ. Seine viele schockierende Präsenz an diesem Tage in Bonn bewies nicht nur, daß er nach wie vor glaubt, es könne heute nicht Unrecht sein, was er damals als Recht empfunden habe; sie bewies auch die Dickfelligkeit und Taktlosigkeit der gastgebenden Unions-Präsidenten Philipp Jenninger (Bundestag) und Lothar Späth (Bundesrat), die sich ans Formale hielten und an sonst gar nichts. Protokoll ist Protokoll.

Und dieses Protokoll, nach dem Ex-Ministerpräsidenten zu laden seien, wollte es auch noch, daß Filbinger jenem Willy Brandt im wahrsten Sinne des Wortes im Nacken saß, dessen antifaschistische Haltung ihn zumindestens im Ausland zur Zentralfigur eines gewandelten Deutschland macht und der sich gleichwohl in privaten Augenblicken mit Schuldvorwürfen herumschlägt: „Vielleicht haben wir nicht genug getan.“

Es war nicht nur das Verdienst Richard von Weizsäckers, mit seinem unpathetischen und klaren Appell an die Aufrichtigkeit des Umgangs mit der Ge-

schichte den Blick auf diese beiden Männer freigelegt zu haben. Er hat auch das Gespür dafür geschärft, daß da mit den alten Herren Filbinger und Brandt gleichsam zwei Demokratie-Modelle für die Bundesrepublik Deutschland in den Blick gerieten.

Von Anfang an haben sie um die Formung der Bundesrepublik miteinander gerungen. Nun, da die „Enkel“ zu regieren beginnen – hier Helmut Kohl, da Oskar Lafontaine –, die von persönlicher Belastung durch die Nazi-Zeit frei sind, stehen sich die beiden Lager unveröhnlicher denn je gegenüber. Die Wochen der Auseinandersetzung um die Vergangenheit haben die Kluft deutlich gemacht und verschärft.

Die „neue Generation“, laut von Weizsäcker frei von der Verantwortung für das „was damals geschah“, aber „verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird“, hat die Wahl. Sie ist so deutlich, daß der Präsident fast beschwörend bat: „Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.“

Das wird schwer. Gerade die auf die Jugend zielenden Veranstaltungen der Union und der Opposition in Hambach und Nürnberg zeigten in der vergangenen Woche, daß – wie SPD-Präsident Erhard Eppler fürchtet – „das Land auseinanderzubrechen droht“. Eppler fügt auch hinzu: „Die wollen es offenbar so.“

Für Kanzler Kohl wurde beim Auftritt des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan vor „der deutschen Jugend“ auf dem Hambacher Schloß „das Wesen des

* Am Mittwoch letzter Woche. Vorn: Bundesratspräsident Späth, Bundespräsident von Weizsäcker, Bundestagspräsident Jenninger, dahinter Bundesverfassungsgerichtspräsident Zeidler, Kanzler Kohl.



Feier auf dem Hambacher Schloß: „Dies ist eine herrliche Zeit zu leben“



Ehemaliger Marinerichter Filbinger
Als Ex-Ministerpräsident geladen

neuen demokratischen Deutschlands deutlich“. Ein bemerkenswertes Wesen ist das, die Republik stellte sich als exklusives Popperprodukt der Fernsehwerbung dar: Deutschland ein Disneyland, bewacht von der GSG 9.

Daß sich Leistung wieder lohnt, erfahren die von Mainzer Regierungsinstanzen ausgewählten Deutschen „im Frühling ihres Lebens“ (Reagan) schon durch die Zulassung zum fahnenflatternden Spektakel – nur, wer in Wettbewerben siegte, und sei es in dem der staatsbürgerlichen Bravheit, durfte den Sicherheitsgürtel passieren und sich von Ronald Reagan als potentieller neuer Bach oder Beethoven, Goethe oder Otto Hahn anschmalzen lassen. Der Präsident: „Wir werden das Außergewöhnliche zum Alltäglichen machen . . . Dies ist eine herrliche Zeit zu leben und frei zu sein. Denken Sie daran, daß in Ihrem

Herzen die Sterne Ihres Schicksals leuchten.“

Daran, daß die Sterne, dank des Redners mit der einschmeichelnden Stimme, nun aufgerüstet werden sollen, durfte im „Dom der Freiheit“ vor dem Hambacher Schloß ein einziges Transparent nicht einmal zehn Sekunden lang erinnern, dann wurde es von hilfreichen Händen niedergerissen. Die angekündigte Diskussion war nach sechs Minuten, bei denen der Präsident immer wieder zur Uhr schielte, beendet. Im Mittelpunkt standen Geschenke, nicht Fragen.

Unzufrieden waren die Vorzeige-Jugendlichen – manche im Wuchs der Korporierten, viele in Trachten, alle mit schwarz-rot-goldenen Kokarden der demokratischen Hambacher Auführer gegen Fürstengewalt von 1832 kostümiert – aber vor allem deshalb, weil ihr Fernseh-Idol Ronny so wenig Zeit für Autogramme hatte. So blieb ihnen nur der Jubel.

Ununterbrochen akustisch eingedeckt durch eine moralische Aufrüstungsgruppe im Disko-Fieber, die sich „Up With People“ nennt, aber erbarmungslos jedes menschliche Gespräch in den Stunden vor dem Eintreffen der Redner nieder machte, brach sich die aufgestaute Energie der jungen Leute während der Reden Kohls und Reagans in Jubelgeschrei Bahn.

Ein unüberhörbarer religiöser Ober-ton, der Reagan stets eigen ist und der von den Unionsstrategen so gnadenlos sentimental nachempfunden und ausgebeutet wird, daß der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Gerhard Brandt, seine Amtsbrüder davor warnte, sich als „kultische Kulisse“ vom Staat mißbrauchen zu lassen, reihte sie ein als Kämpfer des Guten gegen das Reich des Bösen.

Und das ist allemal der Kommunismus, auch wenn er – wie alle konkreten

Anliegen – im Ausland nicht beim Namen genannt wird. Reagan: „Die vorderste Grenze der europäischen Freiheit liegt in Berlin.“ Und: „Für die Erhaltung des Friedens ist die Erkenntnis der wahren Natur des Totalitarismus genauso wertvoll wie irgendein Waffensystem.“

Die Unionsübersetzung, formuliert von Meinungsführer Heiner Geißler, der die Weltraumrüstung als „eine Erlösung für die Menschheit“ feiern will, fällt deutlich klarer aus. Nicht um Waffen gehe es beim SDI-Programm, sondern darum, „daß die Sowjet-Union, das sowjetische Regime, die eigentliche Schande unserer Zeit und dieser Zivilisation ist“.

Kein Wunder, daß Geißler die modellhafte Gegenveranstaltung zum Hambacher Weihefest, das „Friedensgespräch“ der SPD in Nürnberg mit den Bürgermeistern von acht im Hitler-Krieg zerstörten Städten – Wolgograd und Rotterdam, Coventry und Warschau, Dresden und Köln, Lidice und Oradour – sowie das anschließende Kultur-„Programm für den Anfang“, „als Verrat am Westen“ und Anbiederung an den Kommunismus denunzierte. SPD-Vorstandsmitglied Horst Ehmke konterte, das sei „die Fortsetzung von Goebbels mit anderen Mitteln“. So ist derzeit der Umgangston.

Denn in Stil und Ziel, in Werten und Worten präsentierten die Sozialdemokraten in Nürnberg in der Tat eine andere Republik. Auch hier fehlte es keineswegs an symbolhaften Inszenierungen, an sterilem Pathos und – insbesondere bei den Parteirednern des Ostblocks – an ideologischer Weihestimmung – so schwarzweiß ist die Welt auch in diesen Tagen nicht.

Aber dem Wunsch des Bundespräsidenten nach Aufrichtigkeit im Umgang mit der Vergangenheit, seiner Mahnung zur Versöhnung mit den Ländern des Ostblocks, seinem Friedensappell – „nicht auf den anderen zu warten, bis er kommt, sondern auf ihn zuzugehen“, seiner Sicht, 1933 als den Anfang des deutschen Unheils zu betrachten und nicht erst den 8. Mai 1945 –, alle diese Vorstellungen hätte Richard von Weizsäcker in Nürnberg wiedergefunden, in Hambach nicht.

Auch der SPD geht es um die Jugend: „Euer Leben ist gemeint, wenn von der Zukunft die Rede ist“, sagt Willy Brandt am Abend vor 5000 Menschen, keineswegs alles Genossen, in der Frankenhalle. „Die Schrecken der Vergangenheit haben sich nicht automatisch oder naturgesetzlich ergeben . . . Wir gehen dagegen an, daß Deutschland immer mehr zum Aufmarschgebiet von Weltmächten herabsinkt . . . Wir wehren uns gegen die Militarisierung auch noch des Welt-raums.“

Gejubelt wird auch in der Frankenhalle, wo aus Literatur, Rockmusik, Filmen über die zerbombten Städte, literarischen und philosophischen Texten, sinfonischer Musik und Pantomime ein auf-

regend wider- und anspruchsvolles Programm abläuft. Da werden Selbstzweifel, eigene Versäumnisse und Irrtümer nicht ausgespart, da sind die Bekenntnisse überwiegend persönlich und nicht deklamatorisch, die Aussagen zur Realität oft erschreckend genau.

Wenn Willy Brandt sich gegen den rhetorischen Schleichweg verwahrt, die Nazi-Verbrechen immer nur als geschehen „im deutschen Namen“ anzusprechen, anstatt sie als deutsche Untaten zu bezeichnen, dann ist die Erleichterung spürbar. Wenn Johannes Rau die „späte Geburt“ nicht nur als Chance, sondern auch als Risiko bezeichnet, nicken nicht nur die Älteren. Sie wissen, wie schnell vergessen wird.

Wenn Udo Lindenberg singt, daß Nazis nicht immer Führer brauchen, wie die

wie die Mannheimer „Forschungsgruppe Wahlen“ längst zu wissen. In diesen Gedenktagen sind die Verfestigungen deutlich geworden, die historischen Wurzeln liegen bloß.

Oft quer zu allen aktuellen Auseinandersetzungen über Ökologie, Kernkraft und postmaterielle Werte drohte sich die ideologische Spaltung der ersten Nachkriegszeit zu wiederholen – hier die Regierenden der Wende mit ihren Parolen aus den fünfziger Jahren, dort die Opposition im Parlament und auf der Straße.

Aber die Konflikte, die sich damals in der Arbeitswut des Wiederaufbaus aufzehren ließen, könnten jetzt weitaus explosiver werden. Bundespräsident von Weizsäcker wußte, warum er in seiner Rede die jungen Deutschen beschwor:



Brandt bei der Feler in Nürnberg*: „Vielleicht haben wir nicht genug getan“

„neu-alten Parolen“ zum Ausländerhaß zeigen, dann kann sich jeder davon selbst überzeugen. Nur gut einen Kilometer weiter hat jemand – zwischen Hakenkreuz und SS-Runen – auf die Führertribüne des Reichsparteitagsgeländes mit weißer Kreide den Spruch gemalt: „Früher waren es die Juden, heute sind es die Türken.“ Die dicke rote Aufschrift: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg. Wehret den Anfängen“ an der Seitenwand der Tribüne ist dagegen unter dem Aufprall von Tennis- und Squashbällen fast bis zur Unlesbarkeit verblichen. Das Nazi-Monument dient als Trainingswand.

Daß die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sich nach Weltsicht und politischer Ausrichtung in zwei große Lager teilt, glauben Meinungsbefrager

* Mit Robert Hebras, einem der sieben Überlebenden von Oradour, und John Fox vom Jewish Labour Committee.

„Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß.“

Er selbst, ein konservativer Mann der Union, hat mit einer Rede deutlich gemacht, daß die Grenzen noch keineswegs klar durch Parteiherkunft oder Zugehörigkeit bestimmt werden. Noch folgen keineswegs alle Unionspolitiker und Liberale den Aufwiegungen des Einpeitschers Geißler, den „die Verharmlosung der ideologischen Gefahr, die aus Moskau droht, mehr aufregt, als wenn die Bäume im Schwarzwald sterben“. Aber der Sog wird stärker.

Tatsächlich hat der Präsident die extremen Flügel beider Richtungen im Parlament gar nicht erreicht – nicht solche wie den CSU-Abgeordneten Lorenz Niegel, der den 8. Mai als einen „Tag der

tiefsten Demütigung“ erlebte und Bonn genauso fernblieb wie sein Chef Franz Josef Strauß. Und auch nicht die Fraktion der Grünen, die an diesem Tag ihren Platz in Auschwitz sah.

Noch zögern auch die Sozialdemokraten – obwohl zutiefst erbittert über die Nichteinladung Willy Brandts zum üblichen Gespräch mit dem US-Präsidenten und besorgt über die Früchte ihrer Entspannungspolitik –, den ideologischen Fehde-Handschuh zum offenen Kampf anzunehmen. Auch ist das Mißtrauen der alten Genossen gegenüber der plötzlichen Aufmerksamkeit beträchtlich, die Willy Brandt und seine „Enkel“ – Oskar Lafontaine und in Niedersachsen auch Gerhard Schröder – plötzlich wieder bei den Alternativen gewonnen haben.

Sowohl Schröder, zu dessen Umwelt-Veranstaltungen Ökologen erscheinen, die sich seit Jahren der Zusammenarbeit mit der SPD verweigert haben, als auch Lafontaine, dessen Hambach-Gegenveranstaltung in Neustadt an der Weinstraße am vorletzten Sonntag Kirchentags-Friedensbewegte, Grüne, Spontis und einst der Partei entlaufene Jusos zu Tausenden anzog, warnten vor dem Mißverständnis, diesen Zulauf schon für Zustimmung zu halten. Schröder: „Das ist eine Erwartung an uns, noch keine Gefolgschaft.“ Lafontaine: „Neue Gesichter reichen nicht, wir müssen auch eine konsequente Politik machen.“

Noch zögern viele Genossen, wie Lafontaine und die Mehrheit der jugendlichen Amerikaner und Sowjets mit der gleichen moralischen Elle zu messen. Obwohl der Saarländer ebenso uneingeschränkt in Neustadt seine Solidarität mit den Unterdrückten in Polen (was ihm einen offiziellen Protest der polnischen Botschaft eintrug) und Afghanistan ausdrückte wie mit denen in Mittel- und Südamerika, „und ganz besonders mit dem Volk von Nicaragua“, hörte die Union nur „anti-amerikanische Hetze“. Diesen Vorwurf fürchten viele Genossen.

Aber die offenkundige Entschlossenheit der Unionsspitzen, angesichts eines von in Meinungsumfragen, Wahlergebnissen und Verhaltensänderungen sich niederschlagenden Wertewandels durch rückhaltlose Unterstützung der amerikanischen Weltraumbewaffnung ideologisch wieder klare Verhältnisse zu schaffen, wird ihnen wenig Chance zum Ausweichen lassen. „Ich fürchte, die wollen das so“, sagt SPD-Fraktionschef Jochen Vogel. Ja, sagt Heiner Geißler: „Man muß doch wissen, auf welcher Seite man steht.“

Richard von Weizsäcker hätte die Liste seiner Warnungen von vereinfachten Gegensätzen ruhig noch um die einfältigste und gefährlichste bereichern können: um die zwischen Gut und Böse. Es steht aber zu befürchten, daß er von den Anführern seiner Partei als Gegner des Weltraumrüstungsprogramms längst ins Lager der Bösen abgeschoben ist. ◆